

## „Die meisten sind offen, aber natürlich gibt es auch Skepsis“

Was sagen die Ingenrieder dazu, dass das Gasthaus zur Flüchtlingsunterkunft wird?

Ingenried Noch im Juli 2023 hatte der Gemeinderat Ingenried beschlossen, sich nicht aktiv bei der Unterbringung von Flüchtlingen einzubringen. Doch dann sei die Lage im Landkreis sehr ernst geworden, sagt Bürgermeister Georg Saur. Mit Nachdruck sagte auch



Georg Saur

der Gemeinderat: „Wir müssen Solidarität zeigen.“ Nun ist die ehemalige Dorfwirtschaft zur Notunterkunft geworden. Mehrmals ap-

pellierte Saur, offen auf die Flüchtlinge zuzugehen. Er sagt: „Ich freue mich auf neue Menschen und Kulturen.“ Doch teilen die Ingenrieder diese Freude? Saur hat den Eindruck: Der Großteil steht den Flüchtlingen offen gegenüber.

Und tatsächlich: Nach einer Stunde Information und Vortrag ist die Stimmung gut. Die Ingenrieder erkunden den Gasthof noch auf eigene Faust. Unter ihnen sind sowohl junge Familien mit kleinen Kindern als auch Senioren. „Der Informationsnachmittag war sehr einfühlsam gestaltet“, sagt eine Ingenriederin. Sie sei aus Neugier gekommen. Wie die Stimmung im Ort sei? „Die meisten sind offen, aber natürlich gibt es auch Skepsis“, antwortet sie. „Ich finde es super, dass eine Besichtigung angeboten wird“, sagt eine andere Frau. Sie wohnt in direkter Nachbarschaft. Von der Gemeinde fühlt sie sich gut informiert. Ob sie Sorgen hat? „Ja, ich frage mich schon, ob das mit der Sprachbarriere klappt.“ Die Not der Menschen könne sie gut verstehen. „Und das Gasthaus steht eh seit ein paar Jahren leer“, sagt sie und zuckt mit den Schultern.

Aussagen wie diese hört man von vielen, die an diesem Nachmittag da sind. Gegen die Unterbringung der Flüchtlinge im Gasthaus habe hier niemand was, sagt ein Mann. Doch ganz praktische Dinge wie die Verständigung bereiten Sorgen. Sorgen, über die in Ingenried gesprochen wird - untereinander, mit dem Bürgermeister und mit dem Landratsamt. Viele stehen sie im Anschluss noch beisammen und tauschen sich aus. „Wir müssen schauen, was die Zeit bringt“, sagt Bürgermeister Saur. (gst)

### Kommentar

## Das ist gelebte Solidarität



Von Stefanie Gronostay

Wenn Bürgermeister Saur es gewollt hätte, hätte er Ingenried zur Mustangemeinde inszenieren können: offen, tolerant, Friede, Freude, Eierkuchen. Doch das Schöne ist: Genau das macht er nicht. Saur macht keinen Hehl daraus, dass der Gemeinderat nicht sofort „hier“ gerufen hat, als es um die Frage der Flüchtlingsunterbringung ging. Saur spricht auch die Sorgen im Ort an. Doch anstatt wie andernorts zu demonstrieren und sich gegen die Unterbringung zu wehren, packen es die Ingenrieder gemeinsam an und zeigen Solidarität. Viele sind zum Besichtigungstermin gekommen. Viele zeigen die Bereitschaft, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Das ist gelebte Solidarität.



Ländliche Idylle pur: In diesem ehemaligen Dorfgasthaus in Ingenried kommen Flüchtlinge unter. Die Notunterkunft bietet Platz für bis zu 40 Personen. Fotos: Stefanie Gronostay

# Schlafplatz statt Stammlokal

In der einstigen Dorfgaststätte in Ingenried kommen Flüchtlinge unter. Die Räume kennt in dem Ort jeder. Doch wie sieht es aus, wenn plötzlich Menschen dort leben? Davon können sich Anwohner bei einer Besichtigung ein eigenes Bild machen.

Von Stefanie Gronostay

**Ingenried** Der Schankraum des Gasthofes „Zur Sonne“ ist an diesem Nachmittag vollgefüllt. Doch statt geselligen Gesprächen herrscht gespannte Stille. Alle Blicke sind auf Bürgermeister Georg Saur gerichtet, der das Wort ergriffen hat. „Schön, dass so viele gekommen sind. Das ist ein wichtiger Termin für die Zukunft und für das, was hier passiert“, sagt er.

Mit „hier“ meint Saur die Gemeinde Ingenried. Mit gerade mal 1100 Einwohnern liegt sie am Rande des Landkreises Weilheim-Schongau. In der kleinen Gemeinde stehen große Veränderungen an: Denn erstmals kommen Flüchtlinge in dem Ort unter. Als Notunterkunft dient die ehemalige Dorfwirtschaft „Gasthaus zur Sonne“, die mitten im Herzen von Ingenried liegt - umrahmt von einem Maibaum, einem kleinen Stadl und Bauernhöfen. In dem Dorf kennt jeder das Gasthaus. Doch wie sieht es aus, wenn dort Menschen leben? Davon können sich die Anwohner ein eigenes Bild machen. Die Gemeinde und der Landkreis Weilheim-Schongau haben zu einem Besichtigungstermin geladen, der auf großes Interesse stößt.

Tische stehen an diesem Nachmittag keine mehr in der mit Holz vertäfelten Wirtsstube. Stattdessen tragen Handwerker Metallbet-

ten herein. In weniger als 48 Stunden sollen dort die ersten Flüchtlinge schlafen. Normalerweise steigt die Einwohnerzahl in Ingenried um 14 Personen pro Jahr. Nun kommen allein an einem Tag 16 ausländische Mitbürger hier an, sagt Saur. Er verwendet bewusst das Wort „Mitbürger“ anstatt „Asylanten“ oder „Flüchtlinge“. Denn künftig werden die Ingenrieder mit diesen Menschen in direkter Nachbarschaft leben. „Wir müssen damit vernünftig umgehen und offen darauf zugehen“, appelliert Saur.

Damit das gelingen kann, haben sich der Bürgermeister und Bernhard Pössinger vom Landratsamt Weilheim-Schongau die Zeit genommen, Fragen zu beantworten und etwaige Vorbehalte abzubauen. Bernhard Pössinger ist am Landratsamt Weilheim-Schongau für den Bereich Asyl und Integration zuständig. „Wir können die Si-



Küche, WC, Duschen und Waschmaschinen sind in separaten Anhängern untergebracht.

tuation momentan nicht ändern“, sagt er und bittet um Sachlichkeit in der Diskussion.

Das Gasthaus in der Ingenrieder Dorfmitte steht schon seit einigen Jahren leer. Der Freistaat hat es nun zur Unterbringung der Flüchtlinge bis 31. August von der Gemeinde angemietet. Es bietet Platz für bis zu 40 Personen. Der Landkreis will dort vorzugsweise Familien unterbringen. Beim „Gasthaus zur Sonne“ handelt es sich um eine Notunterkunft, betont Pössinger. Heißt konkret: Wenn eine andere Unterbringung gefunden ist, ziehen die Flüchtlinge wieder um. Das kann nach drei Wochen, aber auch nach sechs Wochen der Fall sein.

Groß saniert werden musste das Haus im Hinblick auf die Flüchtlingsunterbringung nicht, erklärt Saur. Ein Punkt war die Heizung, die vorher nicht existierte. Dafür wurden Infrarot-Platten an den



In diesen Betten schlafen die Flüchtlinge. Sie bekommen jeweils einen eigenen Spint.

Wänden und an der Decke angebracht. Auch in Sachen Brandschutz musste etwas getan werden: Es wurde eine Trockenwand mit Türen eingezogen sowie eine Fluchttreppe außen angebracht.

Erst vor wenigen Tagen erfuhr das Landratsamt, dass es sich bei den ersten Flüchtlingen für Ingenried um 16 alleinstehende Männer handelt. Sie kommen unter anderem aus Afghanistan, der Türkei, Nigeria und Jemen. Jeder Flüchtling bekommt bei seiner Ankunft eine Erstausrüstung, die aus einem Teller, Besteck, einer Tasse und Bettzeug besteht. Die Bewohner haben jeweils einen eigenen Spind zur Verfügung. Geschlafen wird in Etagenbetten, die voneinander abgetrennt werden. Der Wirtsraum soll zur Aufenthaltsstube werden.

Die Küche des Gasthauses benutzen die Flüchtlinge nicht. So soll es auch künftig noch möglich sein, Feiern in dem Gasthof abzuhalten - wie die Feierlichkeiten zu Fronleichnam. „Wir wollen nämlich niemandem etwas wegnehmen“, sagt Pössinger. Bereits im vergangenen Jahr besorgte das Landratsamt über den Regierungshaushalt mobile Anhänger, in denen Kochstellen, sanitäre Anlagen und Waschmaschinen untergebracht sind. Sie kommen in Ingenried zum Einsatz.

Rund um die Uhr ist ein zweiköpfiges Team vom Sicherheits-

dienst vor Ort. Zudem fahren Kollegen vom Landratsamt die Notunterkünfte ab und schauen nach dem Rechten, sagt Pössinger. Die Gemeinschaftsflächen im Gebäude innen putzt eine Reinigungsfirma. Für den Küchenanhang sind die Geflüchteten selbst zuständig. „Der Sicherheitsdienst gibt den Schlüssel raus und kontrolliert danach, ob alles sauber ist.“

Fragen gibt es im Anschluss noch einige. Warum nicht Menschen mit der gleichen Nationalität zusammen untergebracht werden, fragt eine Frau. „Für uns sind alle Menschen gleich“, sagt Pössinger. Und wenn man anfinge, nach Nationen zu trennen, müsse man auch nach Glaubensgemeinschaften trennen. Wo fängt man an? Wo hört man auf? Es wird wohl schwierig sein, Beziehungen zu den Geflüchteten aufzubauen, wenn sie nur so kurz da sind, sagt sich eine andere. Pössinger erzählt von einer anderen Notunterkunft, wo die Nachbarschaft die Geflüchteten unterstützt. Hilfe zur Selbsthilfe lautet auch das Motto des Asylhelferkreises, für den die Gemeinde noch Freiwillige sucht. „Er ist die Schnittstelle, damit eine annähernde Integration gelingen kann“, sagt Bürgermeister Saur. Es gehe darum, Werte zu vermitteln - „nicht nur für Ingenried, sondern auch für später“, sagt Saur. „Und dabei lassen wir Euch nicht allein“, schließt Pössinger.

## Gemeinsam Lösungen finden

Auch der Landkreis Weilheim-Schongau sucht händeringend nach Unterbringungsmöglichkeiten. Turnhallen möchte die Landrätin dort bewusst nicht besetzen. Stattdessen geht das Landratsamt andere Wege.

Von Stefanie Gronostay

**Weilheim-Schongau/Ostallgäu** Nicht nur im Ostallgäu, auch im Nachbarlandkreis Weilheim-Schongau stellt die Flüchtlingssituation vor Herausforderungen. „Wir bekommen pro Woche 100 Flüchtlinge zugewiesen“, sagt Bernhard Pössinger, der in Weilheim-Schongau für Asyl und Integration zuständig ist. 2015 bis 2017 verzeichnete der Landkreis zu Spitzenzeiten 1800 registrierte Flüchtlinge. Nun seien es 3400, sagt Pössinger. Es gebe keine Gemeinde, die sich nicht an der Unterbringung beteilige, sagt Pössinger. Wo genau die Flüchtlinge unterkommen, werde in enger Abstimmung entschieden. Und das kann vom Bauernhof bis zur Ein-Zimmerwohnung alles sein.

Die Prämisse der Landrätin des Landkreises Weilheim-Schongau, Andrea Jochner-Weiß, sei, keine Turnhalle besetzen zu wollen, sagt Pössinger. Auch Thermohallen seien eigentlich nicht der Standard. „Aber wir wussten nicht mehr, wohin mit den Leuten.“ So hat der Landkreis doch sechs Thermohallen errichtet. Zudem wurden Flüchtlinge in Gaststätten und sogar in einer leer stehenden Station eines Seniorenheims untergebracht, erzählt Pössinger. Der Landkreis setzt zudem auf Modulbauten. Das Konzept: Zunächst kommen in den neu gebauten Häusern Flüchtlinge unter. Die Gemeinden, die bei der Gestaltung mitbestimmen dürfen, haben später die Möglichkeit, die Bauten zu übernehmen. Im Hinblick auf die Wohnungsnot sei das eine Win-Win-Situation, sagt Pös-

singer. Auch in Ingenried könnten, wenn der Mietvertrag für das Gasthaus ausgelaufen ist, Modulbauten entstehen. „Es ist aber noch alles offen“, sagt Bürgermeister Georg Saur. „Das muss der Gemeinderat entscheiden.“

Auch im Landkreis Ostallgäu appellierte und appelliert Landrätin Maria Rita Zinnecker immer wieder an die Gemeinden, Unterkünfte zur Verfügung zu stellen. Im Ostallgäu sind derzeit 2634 Flüchtlinge registriert (Stand: Dienstag, 23. Januar). Davon stammen 1728 aus der Ukraine. Die Regierung von Schwaben weist dem Landkreis nach wie vor 40 Flüchtlinge pro Woche zu. Bis auf Lengenwang, Kraftsried und Rieden haben bislang alle Gemeinden Flüchtlinge aufgenommen. „Wobei die Gemeinde Lengenwang eine

Wohnung zur Unterbringung von Geflüchteten in Aussicht gestellt hat“, teilt Stefan Leonhart, Pressesprecher des Landratsamtes mit. Auch die Gemeinde Kraftsried hat dem Landkreis eine gemeindeeigene Fläche zur Errichtung einer Flüchtlingsunterkunft angeboten, gab der Bürgermeister im Dezember 2023 im Gemeinderat bekannt.

Das Landratsamt arbeitet bei der Unterbringung eng mit den Kommunen zusammen, bestätigt Leonhart. So informiert die Behörde regelmäßig bei Bürgermeisterbesprechungen über die Flüchtlingssituation. Diese werden gemeinsam mit dem Kreisverband des Gemeindetages abgehalten und finden mehrmals im Jahr statt. Des Weiteren bietet die Stelle für Kommunale Integration im Landratsamt die sogenannten Runden Ti-

sche „Integration in den Gemeinden“ an, zu denen alle Gemeindevertreter eingeladen werden. Auch dort findet ein enger Austausch bezüglich der Flüchtlingssituation statt. Die Runden Tische fanden 2023 zweimal statt und sind auch für 2024 wieder vorgesehen.

Der enge Austausch ist wichtig. Denn die Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern erfolgt jeweils mit und über den Bürgermeister als gemeindlicher Vertreter und als Sprachrohr in die Gemeinden, sagt Leonhart. Ende 2023 bekundeten die Ostallgäuer Gemeinden sowie der Kreis Ausschuss dem Landratsamt ihre volle Solidarität bei der Unterbringung von Flüchtlingen. Zinnecker hatte dies als wichtigen Schritt bezeichnet, um gemeinsam Lösungen zu finden.